

**Ehe für Alle; Personalbedarf im Bereich des KVR HA II/111
- Heiratsbüro Standesamt München -**

Ehe für Alle unbürokratisch umsetzen

Antrag Nr. 14-20 / A 03219 der FDP – HUT Stadtratsfraktion vom 29.06.2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09591

Anlagen:

Antrag Nr. 14-20 7 A 03219 der FDP - HUT Stadtratsfraktion
Stellungnahme Personal- und Organisationsreferat vom 31.08.2017
Stellungnahme Stadtkämmerei vom 29.08.2017
Stellungnahme Kommunalreferat vom 23.08.2017
Stellungnahme Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen vom
24.08.2017
Stellungnahme Gleichstellungsstelle für Frauen vom 24.08.2017

Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 17.10.2017 (VB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	
1. Ausgangslage	3
2. Ehe für Alle; Umwandlung von bestehenden Lebenspartnerschaften in Ehen	
2.1 Erläuterung Aufgabenstellung, Entwicklung	4
2.2 Befristeter Personalbedarf	4
3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung	
3.1 Zusammenfassung Personalbedarf	8
3.2 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit	9
3.3 Nutzen	9
3.4 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der Investitionstätigkeit	10
4. Finanzierung, Produktbezug, Ziele	10

5. Flächenbedarf	11
6. Abstimmung Referate/Dienststellen	12
7. Anhörung Bezirksausschuss	14
8. Unterrichtung des Korreferenten und des Verwaltungsbeirates	14
II. Antrag des Referenten	15
III. Beschluss	16

I. Vortrag des Referenten

1. Ausgangslage

a) Aufgaben des Sachgebietes Heiratsbüro beim Standesamt München

Das Sachgebiet Heiratsbüro (KVR-II/111) des Standesamtes München ist für die Anmeldung von Eheschließungen, für die Anmeldung zur Begründung eingetragener Lebenspartnerschaften, für die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen, für die Ausstellung von Bescheinigungen nach deutschem Recht zur Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft zur Vorlage im Ausland, für die Durchführung der Trauungszeremonie einschließlich notwendiger Vor- und Nacharbeiten, sowie für die Ausstellung von Personenstandsurkunden im Zusammenhang mit der Eheschließung bzw. Begründung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zuständig. Daneben sind noch weitere Aufgaben wahrzunehmen, wie insbesondere die öffentliche Beglaubigung und Entgegennahme namensrechtlicher Erklärungen im Zusammenhang mit der Eheschließung bzw. Begründung der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die Erteilung qualifizierter Auskünfte über die zur Anmeldung der Ehe bzw. zur eingetragenen Lebenspartnerschaft notwendigen Unterlagen sowie die Verfahren zur inhaltlichen Überprüfung ausländischer Urkunden im Zusammenhang mit der Anmeldung der Ehe bzw. der Lebenspartnerschaft. Sämtliche Aufgaben des Sachgebietes sind gesetzliche Pflichtaufgaben. Die Rechtsmaterie ist sehr komplex, so dass umfassende rechtliche Prüfungen in deutschen und ausländischen materiellen Rechten sowie dem deutschen internationalen Privatrecht erforderlich sind, in deren Rahmen eine Vielzahl von formellen Anforderungen zu beachten sind. Die Einzelheiten sind im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB), im Personenstandsgesetz (PStG), in der Personenstandsverordnung (PStV) und in Ausführungsgesetzen des Freistaates Bayern sowie in Verwaltungsvorschriften des Bundes und Bayerns ausführlich geregelt.

b) Organisation

Das Sachgebiet Heiratsbüro ist derzeit mit einer Sachgebietsleitung sowie vier Arbeitsgruppen mit jeweils einer Leitung organisiert.

In diesem Bereich werden derzeit insgesamt 13 Standesbeamte/innen, 13 Sachbearbeiter/innen Personenstandswesen sowie 3 Hilfskräfte in E3 eingesetzt.

2. Ehe für Alle; Umwandlung von bestehenden Lebenspartnerschaften in Ehen

2.1 Erläuterung Aufgabenstellung, Entwicklung

Das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts („Ehe für alle“) tritt am 01. Oktober 2017 in Kraft. Ab Inkrafttreten können keine neuen eingetragenen Lebenspartnerschaften mehr begründet, sondern nur noch gleichgeschlechtliche Ehen geschlossen werden. Zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende eingetragene Lebenspartnerschaften können in Ehen umgewandelt werden (§ 20a LPartG neu, § 17a PStG neu).

Mit **Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 03219** beantragt die Stadtratsfraktion FDP – HUT unter anderem, dass die Landeshauptstadt München dafür Sorge trägt, das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts unbürokratisch zu vollziehen. Derzeit ist beabsichtigt, diesen Antrag im Zusammenwirken mit der städtischen Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sowie der Gleichstellungsstelle für Frauen nach Erlass der Vollzugshinweise des Freistaates Bayern zum Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts in schriftlicher Form zu beantworten.

Fallzahlen:

Zum 31.12.2016 waren 5.543 Personen mit dem Familienstand "verpartnert" in München gemeldet. Nach Einschätzung der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen planen nahezu alle intakten Paarbeziehungen nunmehr zeitnah die Umwandlung ihrer eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe. Deshalb rechnen die beiden Münchner Standesämter mit **ca. 2.750 Umwandlungsverfahren** bis Ende 2018.

2.2 Befristeter Personalbedarf

Für das Verfahren zur Umwandlung von bestehenden Lebenspartnerschaften in Ehen gelten die Bestimmungen des Personenstandsgesetzes zur Eheschließung mit wenigen Ausnahmen entsprechend. Insbesondere ist auch eine Eheschließungszeremonie, in deren Rahmen sich die Eheschließenden sich ihr „Ja-Wort“ geben, vorgesehen. Das Umwandlungsverfahren beginnt mit der Auskunft, welche Unterlagen für die Umwandlung der Lebenspartnerschaft in eine Ehe erforderlich sind. Wenn alle notwendigen Dokumente beschafft sind, müssen beide Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner die Umwandlung ihrer bestehenden Lebenspartnerschaft in eine Ehe bei ihrem Wohnsitzstandesamt anmelden. Im Anmeldeverfahren wird dann ein Eheschließungstermin vereinbart. Nach der

Trauungszeremonie und der Durchführung der Nacharbeiten endet das Verfahren.

Zeitbedarf für Umwandlungsverfahren:

Arbeitsschritte S = Standesbeamte; H = Hilfskraft	Fallzahlen pro Jahr	Durchschnittl. Zeitbedarf	Gesamt
Erstauskunft (S)	2.750	20 Min.	55.000 Min.
Anmeldung der Umwandlung (S)	2.750	40 Min.	110.000 Min.
Zeitaufschlag ca. 37% für besonders komplexe Fälle (S), insbesondere Fälle mit Auslandsbeteiligung	1.017	30 Min.	30.510 Min.
Vor- und Nacharbeiten durch Eheschließungsstandesbeamte (S) (Aktenprüfung, Anbringung der elektronische Signatur, Versendung von Mitteilungen etc.)	2.750	20 Min.	55.000 Min.
Eheschließung (S)	2.750	15 Min.	41.250 Min.
Protokollführung und Empfang (H)	2.750	2 X 15 Min.	82.500 Min.
Vor- und Nacharbeiten Heiratskanzlei (H)	2.750	20 Min.	55.000 Min.
GESAMT: Standesbeamte (S) Hilfskräfte (H)			291.760 Min. 137.500 Min.

Bei 95.037 Brutto-Arbeitsminuten für ein VZÄ (Normalarbeitskraft) ergibt sich hieraus ein Personalbedarf von **3,07 VZÄ (Standesbeamte/innen)** und **1,45 VZÄ (Hilfskräfte)**.

Die oben angeführten durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für ein Umwandlungsverfahren ergeben sich aus den bisherigen langjährigen Erfahrungswerten hinsichtlich der Durchführung von Eheschließungsverfahren heterosexueller Paare, der Durchführung bisheriger Lebenspartnerschaftsverfahren sowie einer zweitägigen konkreten Zeiterfassung der einzelnen Arbeitsschritte durch Mitarbeiter/innen des Heiratsbüros. Auch bei Umwandlungsverfahren haben die Ehemwilligen, genauso wie bei regulären Eheschließungsverfahren, persönlich beim zuständigen Standesamt vorzusprechen und gültige Identitätspapiere und Nachweise zur Staatsangehörigkeit, erweiterte Meldebescheinigungen der Hauptwohnsitze sowie ggf. der Nebenwohnsitze, aktuelle Geburtsurkunden und zusätzlich ihre aktuelle (nicht älter als sechs Monate) Lebenspartnerschaftsurkunde vorzulegen.

Sodann ist von den Standesbeamten/innen eine Niederschrift über die Umwandlung der Lebenspartnerschaft in eine Ehe zu fertigen, die Aufschluss über alle Fragen gibt, die den aktuellen Personenstand der Eheschließenden betreffen und alle Angaben enthält, die zur Eheschließung benötigt werden. In diesem Rahmen ist auch über die Möglichkeiten der Namensführung in der Ehe erneut zu beraten, es sind ggf. namensrechtliche Erklärungen hierzu vorzubereiten und mit den Ehewilligen ist schließlich ein Trauungstermin zu vereinbaren. Abschließend erfolgt durch Standesbeamte/innen die Prüfung, ob der aktuelle Personenstand der Antragsteller/innen ausreichend für eine neue aktuelle personenstandsrechtliche Beurkundung im Eheregister nachgewiesen ist und somit die Voraussetzungen für die Umwandlung der Lebenspartnerschaft in eine Ehe gegeben sind. Der Prozentsatz Zeitaufschlag für komplexe Fälle (Auslandsbezug) ergibt sich aus der Jahresstatistik 2016 zu Lebenspartnerschaftsverfahren. Bei Umwandlungsverfahren mit binationalen Partner/innen sind bei nicht ausreichenden Deutschkenntnissen der Ehewilligen regelmäßig Dolmetscher hinzuzuziehen, die auch die Niederschrift in die jeweilige Fremdsprache zu übertragen haben. Hier gestalten sich auch regelmäßig die Beratungen zu möglichen Namensführungen in der Ehe sehr viel zeitintensiver als bei deutschen Partnern/Partnerinnen, weil grundsätzlich auch Namensführungen in der Ehe nach deren jeweiligen Heimatrechten in Betracht kommen können. Schließlich haben die Standesbeamten/innen in diesen Fällen auch ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, ob die jeweiligen Heimatrechte der Ehewilligen gleichgeschlechtliche rechtliche Verbindungen kennen oder sogar unter Strafe stellen, um im Anschluss daran zu entscheiden, ob und welche standesamtlichen Mitteilungen zu den Heimatbehörden im Anschluss an die Eheschließung in Deutschland zu fertigen sind. Zur Organisation von ca. 2.750 zusätzliche Eheschließungszeremonien müssen im Dienstgebäude Ruppertstr. 11 an mehreren Tagen pro Woche in beiden Trausälen zeitgleich Trauungen durchgeführt werden. Hierfür werden neben den Standesbeamtinnen und Standesbeamten auch zusätzlich Personen (Hilfskräfte) zur Protokollführung sowie zur Ordonanz vor den Trausälen benötigt. Bei dieser Berechnungsmethode wird nicht berücksichtigt, dass die Anmeldeverfahren zur Umwandlung von bestehenden Lebenspartnerschaften in Ehen nur während der allgemeinen Öffnungszeiten des KVR durchgeführt werden können und sich nicht auf die gesamte Wochenarbeitszeit gleichmäßig verteilen.

Sowohl die abschließenden Prüfungen über das Vorliegen der Ehevoraussetzungen sowie die nachfolgenden Eheschließungszeremonien können aus rechtlichen Gründen nur durch Standesbeamte/innen durchgeführt werden. Deshalb ist zur Vermeidung von Doppelprüfungen in Eheanmeldeverfahren sowie zur Durchführung der Eheschließungszeremonien nur ein zusätzlicher Einsatz von Standesbeamten/innen sinnvoll bzw. rechtlich möglich.

Die derzeitige Stellenausstattung im Sachgebiet Heiratsbüro ist nicht ausreichend und die Arbeitsabläufe sind nicht weiter optimierbar, um ohne Zusatzpersonal eine zeitnahe Umwandlung bestehender Lebenspartnerschaften in Ehen zu gewährleisten.

Aus Sicht der Fachdienststelle ist deshalb die Schaffung von insgesamt **3 Standesbeamten/innen-Stellen (A10, E9c)** für den Eheanmeldebereich des Standesamtes München, befristet auf 15 Monate ab Besetzung, zwingend erforderlich. Für die Organisation der zusätzlichen 2.750 Trauungszeremonien ist zusätzlich **1 Hilfskraft (E3)**, ebenfalls befristet auf 15 Monate ab Besetzung, notwendig. Der Bestand an Sachbearbeiter/innen Personenstandswesen bleibt unverändert. Die zusätzlich berechneten 0,45 VZÄ für Hilfskräfte sollen durch den Einsatz zusätzlicher Auszubildender im Bereich des Heiratsbüros abgegolten werden.

Funktion	Personalbedarf	Einwertung	Jahresmittelbetrag (bis zu)
Standesbeamter/in	3	A 10/E9c	55.450 €/ p.a.
Hilfskraft	1	E3	44.910 €/ p.a.

Ohne diesen angemessenen zusätzlichen Personaleinsatz zur Umwandlung der ca. 2.750 Münchner Lebenspartnerschaften in Ehen, würden sich zudem auch die Wartezeiten für Eheanmeldeverfahren heterosexueller Kundinnen und Kunden unverhältnismäßig verlängern und deren Möglichkeit einer Terminauswahl für die Trauungszeremonie sehr stark eingeschränkt werden. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Eheanmeldebereichen wäre ohne zusätzliches Personal die zumutbare Belastungsgrenze weit überschritten.

Die Mehrbelastung des Standesamtes München-Pasing in Höhe von 0,24 VZÄ (für regelmäßig ca. 6 % der Anmeldeverfahren gleichgeschlechtlicher Personen in München) könnte dann bei einem dortigen Personalengpass ggf. durch Abordnung einer Dienstkraft des Standesamtes München gelöst werden.

Durch diese beantragte Personalzuschaltung können die Münchner Standesämter aller Voraussicht nach im Jahre 2018 die gesetzlich normierte Zusatzaufgabe – „Umwandlung einer bestehenden Lebenspartnerschaft in eine Ehe“ - unbürokratisch und kundenorientiert bewältigen.

Aus Sicht des Kreisverwaltungsreferates ist es notwendig, für die Befristungsdauer einen zeitlichen Aufschlag zu beantragen, um die Abarbeitung von Restarbeiten und insbesondere die notwendige Disposition des Personals zu gewährleisten. Somit stehen dem Standesamt die Dienstkkräfte für den kompletten Zeitraum von einem Jahr für die Umwandlungen der Lebenspartnerschaften zur Verfügung und erst im

Anschluss muss mit einer geregelten Stellensuche ohne Zeitdruck – sowohl für die Dienstkräfte als auch für die für Dispositionen zuständige Stelle - begonnen werden. Ein Aufschlag von 3 Monaten ist hier sinnvoll und gerechtfertigt.

3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

3.1 Zusammenfassung Personalbedarf

Die zuvor erläuterten Bedarfe summieren sich auf **4 VZÄ**, die sich wie folgt verteilen:

Umwandlung bestehender Lebenspartnerschaften in Ehen	VZÄ	Ein-stufung	Personal-kosten 11 – 12 2017	Personal-kosten 2018	Personal-kosten 01/ 2019	Personal-kosten gesamt von bis zu
Standesbeamteninnen/ Standesbeamte	3	A 10/ E 9c	27.725 €	166.350 €	13.863 €	207.938 €
Hilfskraft	1	E 3	7.485 €	44.910 €	3.743 €	56.138 €
Summe	4		35.210 €	211.260 €	17.606 €	264.076 €

Für die Umwandlung bestehender Lebenspartnerschaften in Ehen sollen ab November 2017 4 VZÄ auf 15 Monate ab Besetzung befristet eingerichtet werden.

Die Personalkosten erhöhen sich um bis zu 264.076 €.

Neben den reinen Personalauszahlungen fallen für die zusätzlichen Arbeitsplätze einmalige investive Bedarfe für die Büroausstattung sowie befristet konsumtive Arbeitsplatzkosten an:

Art	Anzahl	Einzelkosten	Gesamtkosten einmalig 2018
Büroausstattung	4	2.370,00 €	9.480,00 €
Arbeitsplatzkosten	4	800,00 €	3.200,00 €

Zudem wird für die Ausbildung zum Standesbeamten / zur Standesbeamtin, die an der Akademie für Personenstandswesen in Bad Salzschlirf durchgeführt werden muss, je Mitarbeiterin / Mitarbeiter ein einmaliger Betrag von 1.800 € (Lehrgangs- und Reisekosten) benötigt. Bei 3 VZÄ (Standesbeamter/in) im Bereich Umwandlung Lebenspartnerschaft/Ehe fallen Kosten von 5.400,- € an.

3.2 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	einmalig
Summe zahlungswirksame Kosten	bis zu 35.210,-- in 2017 bis zu 219.860,-- in 2018 bis zu 17.606,-- in 2019
davon:	
Personalauszahlungen (Zeile 9)*	bis zu 35.210,-- in 2017 bis zu 211.260,-- in 2018 bis zu 17.606,-- in 2019
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)	5.400,-- in 2018
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	3.200,-- in 2018
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	4

* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden. Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtrags Haushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

3.3 Nutzen

Es ergibt sich folgender Nutzen, der derzeit nicht durch Kennzahlen bzw. Indikatoren beziffert werden kann:

Durch die beantragte befristete Personalausweitung können die ca. 2.750 eingetragenen Lebenspartnerschaften von in München lebenden Personen zusätzlich zur Anzahl der in München regelmäßig jährlich durchzuführenden Eheschließungsverfahren heterosexueller Paare zeitnah in Ehen umgewandelt werden. Durch eine entsprechende zusätzliche Bereitstellung von Trauungsterminen bei den Münchner Standesämtern wird die bisherige Serviceleistung für heterosexuelle Ehepaare nicht eingeschränkt. Die zusätzliche Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Heiratsbüros durch die Wahrnehmung dieser gesetzlichen zusätzlichen Pflichtaufgabe wird durch die beantragte Personalzuschaltung in Grenzen gehalten.

3.4 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der Investitionstätigkeit

	einmalig
Summe zahlungswirksame Kosten (entspr. Zeile S5 des Finanzrechnungsrechnungsschemas)	9.480,-- in 2018
davon:	
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Vermögen (Zeile 22)	9.480,-- in 2018

Das Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) 2016-2020 ändert sich wie folgt:

Mehrjahresinvestitionsprogramm 2016 - 2020

In Tsd.€

Investitionsliste 1

Investitionsgruppe

Kenn-Nr. 1100.9330

		Gesamtkosten	2016	2017	2018	2019	2020	2021 ff
	B	2.263	570	1.356	200	200	200	200
	G	0						
	Z	0						
	B	2.277	570	1.356	209	200	200	200
	G	0						

4. Finanzierung, Produktbezug, Ziele

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Finanzierungsbeschluss

Über die Finanzierung muss sofort entschieden werden.

Unplanbarkeit und Unabweisbarkeit

Im Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag nach Äußerungen von Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel zur Aufhebung des Fraktionszwangs bei einer Abstimmung über die gleichgeschlechtliche Ehe einen Gesetzentwurf des Bundesrates auf Drucksache 18/6665 in unveränderter Fassung zur Abstimmung im Bundestag freigegeben. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte nicht mit einer entsprechenden Beschlussbefassung des Bundestages in dieser Legislaturperiode gerechnet werden.

Am 30.06.2017 hat der Bundestag das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts schließlich beschlossen. Mit Verkündung im Bundesgesetzblatt am 28.07.2017 tritt das Gesetz nunmehr am 01.10.2017 in Kraft.

Es ist damit zu rechnen, dass sofort nach dem Inkrafttreten des Gesetzes eine Vielzahl von Kundinnen und Kunden, die beabsichtigen, ihre bereits bestehenden Lebenspartnerschaften in Ehen umzuwandeln, bei den Münchner Standesämtern vorsprechen. Aus diesem Grund ist ein zum Inkrafttreten sehr zeitnaher zusätzlicher Personaleinsatz notwendig und **unabweisbar**. Der Mehrbedarf war somit auch **nicht planbar**.

Das zu erwartende Kundinnen- und Kundenaufkommen ist mit der bestehenden Stellen- und Personalausstattung keinesfalls leistbar. Ohne entsprechende Personalzuschaltung könnten aus Kapazitätsgründen nur sehr wenige Anmeldungen zur Umwandlung von Lebenspartnerschaften in Ehen zusätzlich zu den regulären Eheanmeldeverfahren entgegengenommen werden. Bei der Entgegennahme von beispielsweise zusätzlichen 275 Umwandlungsverfahren im Jahr würde die Durchführung der geschätzten 2.750 Umwandlungsverfahren insgesamt einen Zeitraum von zehn Jahren umfassen. Dies ist den betroffenen Kundinnen und Kunden keinesfalls zuzumuten.

Stellenzuschaltungen im Haushaltsjahr 2018 – nach Genehmigung des Haushalts durch die Regierung von Oberbayern – können zeitlich nicht abgewartet werden. Durch interne Umsetzungen ist gewährleistet, dass zusätzliche Stellen des Haushaltsjahres 2017 im vorliegenden dringenden Fall auch tatsächlich sehr zeitnah nach deren Einrichtung besetzt werden können.

Die zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel für die Jahre 2018 und 2019 werden genehmigt und in den jeweiligen Haushaltsplanaufstellungsverfahren bei der Stadtkämmerei angemeldet.

Die Kosten sind insgesamt zahlungswirksam.

Das Produktbudget des Produktes Personenstandsangelegenheiten (Produktnummer 5524000) erhöht sich entsprechend.

Mit den oben dargestellten Maßnahmen wird das Ziel „Das Verwaltungshandeln ist zielgruppenfreundlich verbessert“ des Kreisverwaltungsreferates unterstützt.

5. Flächenbedarf

Nach § 59 Abs. 4 Geschäftsordnung Stadtrat muss ein Sachreferat bei Sachanträgen zu Stellenausweitungen zwingend das Kommunalreferat einbinden und in Abstimmung mit ihm darstellen, ob bzw. in welchem Umfang die Unterbringung des zusätzlichen Personals im Rahmen der verfügbaren Büroflächen des Sachreferates erfolgen kann bzw. ob und ggf. in welchem Umfang zusätzlicher Büroraum benötigt wird.

Die im Beschluss dargestellten Stellenbedarfe lösen keinen zusätzlichen

Anmietbedarf aus. Die vorübergehend erforderlichen zusätzlichen Arbeitsplätze können in den vorhandenen Büroflächen untergebracht werden.

6. Abstimmung Referate/Dienststellen

Die Beschlussvorlage ist mit Personal- und Organisationsreferat, der Stadtkämmerei, dem Kommunalreferat, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sowie der Gleichstellungsstelle für Frauen abgestimmt.

Die Beschlussvorlage ist mit dem **Personal- und Organisationsreferat** abgestimmt. Das Personal- und Organisationsreferat stimmt vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung den in der Sitzungsvorlage geltend gemachten befristeten Stellenkapazitäten i. H. v. 4 VZÄ zu. Der vorübergehende Kapazitätsmehrbedarf ergibt sich durch den gesetzlichen Anspruch auf die Umwandlung von bestehenden Lebenspartnerschaften in Ehen. Im Heiratsbüro des Standesamtes wird deshalb künftig ein erhöhter Arbeitsaufwand entstehen. Bezüglich der geltend gemachten Stellenkapazitäten kann festgestellt werden, dass die zugrunde liegenden Bedarfe vom Heiratsbüro des Standesamtes nachvollziehbar dargestellt wurden und für das Personal- und Organisationsreferat dem Grunde nach plausibel sind. Den geltend gemachten Personalbedarfen liegt eine methodische Bedarfsberechnung zugrunde. Aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates können die Ausführungen zur Nicht-Planbarkeit und Unabweisbarkeit nachvollzogen werden. Die ausführliche Stellungnahme liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung. Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit im zuständigen VPA geltend machen.

Die **Stadtkämmerei** stimmt der Finanzierung der beantragten Stellen im Rahmen des vom Personal- und Organisationsreferates anerkannten Umfangs grundsätzlich für die Jahre 2018 ff zu. Der ursprünglich vom Kreisverwaltungsreferat geplanten Beantragung einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von bis zu 35.210 € für das Haushaltsjahr 2017 auf dem Büroweg bei der Stadtkämmerei wird nicht zugestimmt (vgl. Anlage). Daher wird diese Position, wie von der Stadtkämmerei gewünscht, nicht mehr beantragt. Eine Finanzierung ist jedoch entsprechend der tatsächlichen Besetzung aus dem Personalkostenbudget des Kreisverwaltungsreferates für das Jahr 2017 möglich.

Das **Kommunalreferat** weist darauf hin, dass das Verwaltungsgebäude Ruppertstraße 11 eine sehr hohe Belegungsquote aufweist. Eine vorübergehende Unterbringung von vier zusätzlichen Arbeitsplätzen mittels Nachverdichtung erscheint jedoch möglich. Die im Beschluss dargestellten Personalbedarfe lösen keinen Anmietbedarf aus (vgl. Anlage).

Die **Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen** stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt für die Umwandlungen von Lebenspartnerschaften in gleichgeschlechtliche Ehen einen (zeitlichen) Rahmen zu schaffen, den die Paare als angemessen und wertschätzend erleben können. Auch die Koordinierungsstelle rechnet aufgrund eigener Beratungsgespräche mit Betroffenen sowie aufgrund von Nachfragen in der schwulesbischen Community, dass sich der überwiegende Teil der in München bestehenden Lebenspartnerschaften in Ehen umwandeln lassen wird (vgl. Anlage).

Die **Gleichstellungsstelle für Frauen** befürwortet die Einrichtung der in der Sitzungsvorlage vorgeschlagenen befristeten Stellenzuschaltung zur Umsetzung des „Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“. Der aufkommende zusätzliche Bearbeitungsbedarf ist nachvollziehbar und setzt voraussichtlich bereits sehr zeitnah ein, da das Bundesministerium des Innern und der Lesben- und Schwulenverband bereits darauf hingewiesen haben, dass gleichgeschlechtliche Paare, die nach dem Inkrafttreten des Eheöffnungs-Gesetzes heiraten oder ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umwandeln wollen, dies schon vor dem 01.10.2017 bei dem zuständigen Standesamt anmelden und einen Termin vereinbaren können. Zudem kann es zu weiteren Ehewünschen nach den Festlegungen des Internationalen Privatrechts kommen. Danach ist auf gleichgeschlechtliche Ehen das Recht des Staates anzuwenden, in dem die Eheleute geheiratet haben. Deshalb kann es gerade für gleichgeschlechtliche und transgender Ehen sinnvoll sein, nach der Umsiedlung nach Deutschland nochmals zu heiraten, weil dann auf ihre Ehe deutsches Recht anwendbar ist. Hier ist zu erwarten, dass komplexe Verfahren, wie im Beschluss bei Fällen mit Auslandsbeteiligung beschrieben, vermehrt zu Buche schlagen.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen weist darauf hin, dass die zeitlich begrenzte Ausweitung des Personalbestandes des Heiratsbüros den verbindlichen Vorgaben der Landeshauptstadt München entspricht. Die strategischen und die thematischen Leitlinien der Perspektive München sowie der Beschluss „Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit in der Stadtverwaltung“ von 2008 legen für das Verwaltungshandeln fest, dass es antidiskriminierend sein muss, also nicht ausgrenzend und benachteiligend sein darf und sich auf die im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) beschriebenen Diskriminierungsgründe bezieht. Es hat daneben allgemeine, also auch geschlechtsbezogene, Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit sicherzustellen. Dazu sind Organisationsstrukturen in der städtischen Verwaltungs- und

Dienstleistungsarbeit so zu gestalten, dass dies gewährleistet ist (vgl. Anlage).

7. Anhörung Bezirksausschuss

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen.

8. Unterrichtung des Korreferenten und des Verwaltungsbeirates

Der Korreferent des Kreisverwaltungsreferates, Herr Stadtrat Michael Kuffer, und der Verwaltungsbeirat der Hauptabteilung II, Herrn Stadtrat Sebastian Schall, haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die Einrichtung von 3 Stellen (Standesbeamter/in, A10/E9c, Sachgebiet KVR-II/111 Heiratsbüro) ab dem Jahr 2017 sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Die Stellen werden **befristet** für 15 Monate ab Besetzung eingerichtet.
2. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die Einrichtung von 1 Stelle (Hilfskraft, E3, Sachgebiet KVR-II/111 Heiratsbüro) ab 2017 sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Die Stelle wird **befristet** für 15 Monate ab Besetzung eingerichtet.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ggf. ein zusätzlicher Personalaufwand.

3. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die befristet erforderlichen Auszahlungsmittel in Höhe von bis zu 211.260 € für 2018 und 17.606 € für 2019 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungsverfahren bei den Ansätzen für Personalauszahlungen anzumelden.
4. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die sonstigen einmalig erforderlichen Sachkosten in Höhe von 8.600 € für den Haushaltsplan 2018 anzumelden. Das Produktkostenbudget für das Produkt „Personenstandsangelegenheiten“ (Produktziffer 5524000) erhöht sich entsprechend.
5. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die einmalig in 2018 erforderlichen investiven Kosten für die Ersteinrichtung der Arbeitsplätze in Höhe von 9.480 € für den Haushaltsplan 2018 anzumelden.

Das Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) 2016-2018 wird wie folgt angepasst:

Mehrfjahresinvestitionsprogramm 2016 - 2020								In Tsd.€
Investitionsliste 1		Investitionsgruppe		Kenn-Nr. 1100.9330				
		Gesamtkosten	2016	2017	2018	2019	2020	2021 ff
	B	2.263	570	1.356	200	200	200	200
	G	0						
	Z	0						
	B	2.277	570	1.356	209	200	200	200
	G	0						

6. Den Ausführungen zur Unabweisbarkeit wird zugestimmt.
7. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates im Oktober 2017 beschlossen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/-in

Dr. Böhle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I. mit III.

über das Direktorium - D-II-V/SP
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
zur Kenntnisnahme.

V. Wv. bei Kreisverwaltungsreferat - GL 24

Zu V.:

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

1. An das Personal- und Organisationsreferat
2. An das Kommunalreferat
3. An die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
4. An die Gleichstellungsstelle für Frauen
5. An das Kreisverwaltungsreferat GI/1 und GI/2
6. Mit Vorgang zurück zum Kreisverwaltungsreferat HA II/1
zur weiteren Veranlassung.

Am
Kreisverwaltungsreferat - GL 24